



Plenarversammlung vom 7. Oktober 2005

UEFA EURO 2008

1. Orientierung

1.1 Projektorganisation

Die Vorbereitung und Durchführung der UEFA EURO 2008 erfordert eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Host Cities (Basel, Bern, Genf, Zürich). Neben der Sicherheit ist zum Beispiel auch in den Bereichen Verkehr und Infrastruktur eine Koordination angezeigt. Deshalb setzten der Vorsteher des VBS sowie Vertreter der Standortkantone und Host Cities im Mai 2005 eine Projektorganisation Öffentliche Hand ein. Diese Projektorganisation, die vom VBS-Vorsteher präsiert wird, umfasst einen politischen Ausschuss und einen Steuerungsausschuss auf Fachebene.

Neben Vertretern der Standortkantone und Host Cities ist auch die KKJPD in der Projektorganisation vertreten. Letztlich wird aber die Gesamtheit der Kantone in verschiedenen Fragen der UEFA EURO 2008 erheblich betroffen sein. Deshalb lud der VBS-Vorsteher die KdK ein, in der Projektorganisation ebenfalls Einsitz zu nehmen. Gestützt auf eine entsprechende Ermächtigung der Plenarversammlung bezeichnete der Leitende Ausschuss Staatsrat Luigi Pedrazzini (TI) als Vertreter der KdK für den politischen Ausschuss. Für den Steuerungsausschuss wurde der Sekretär der KdK bestätigt.

1.2 Sicherheitskosten

Ein zentraler Diskussionspunkt ist die Berechnung der Kosten für die Sicherheit, aber auch der Aufwände der öffentlichen Hand bzw. der Kosten für die UEFA EURO 2008 insgesamt. Gleichzeitig ist die Frage der Beteiligung des Veranstalters (SFV und UEFA EURO 2008 SA) und ein entsprechender Kostenteiler zwischen Bund, Kantonen und Host Cities/Standortkantone zu regeln.

Ziel ist, gestützt auf eine bereinigte Haltung aller involvierten Partner eine Zusatzbotschaft über die Beiträge und Leistungen des Bundes an die UEFA EURO 2008 zu erarbeiten. Der entsprechende Zeitplan sieht vor, dass die Zusatzbotschaft im November 2005 vom Bundesrat beschlossen und in der Frühjahrssession 2006 im Erstrat sowie in der Sommersession 2006 im Zweirat behandelt wird.

Vor diesem Hintergrund beauftragte die Plenarversammlung das Sekretariat, im Hinblick auf die Plenarversammlung vom 7. Oktober 2005 in Zusammenarbeit mit der KKJPD und den zuständigen Bundesstellen zuhanden der Kantonsregierungen eine Entscheidungsgrundlage zur Aufteilung eines Teils der Sicherheitskosten für die UEFA EURO 2008 vorzubereiten.

Erste Kostenberechnungen (Stand 28.09.2005) haben einen geschätzten Aufwand der öffentlichen Hand zugunsten der UEFA EURO 2008 in der Höhe von 178.42 Millionen Franken ergeben. Davon entfallen 65.55 Millionen Franken auf die Sicherheit. Weitere Kosten entstehen u.a. in den Bereichen Verkehr (23.7 Mio.), Tourismus/Standortmarketing (22.2 Mio.), Events (17 Mio.), NASAK EURO 08 (22.3 Mio.) und Projektorganisation (7.5 Mio.).

Gemäss diesen ersten Kostenberechnungen verteilt sich der Mehraufwand der öffentlichen Hand wie folgt auf Bund, Kantone sowie Standortkantone / Host Cities:

- 67.16 Millionen Franken für den Bund;
- 12.84 Millionen Franken für die Kantone, die nicht Gastgeber sind;
- 98.42 Millionen Franken für die Standortkantone / Host Cities.

Für die Finanzierung der 65.55 Millionen Franken Sicherheitskosten wird folgender Kostenteiler vorgeschlagen:

- 26.41 Millionen Franken durch den Bund;
- 12.84 Millionen Franken durch Kantone, die nicht Gastgeber sind;
- 26.30 Millionen Franken durch die Standortkantone / Host Cities.

Gemäss diesen Vorschlägen würden sich die Kantone, die nicht Gastgeber der UEFA EURO 2008 sind, lediglich an den Sicherheitskosten beteiligen. Es wird vorgeschlagen, dass die Kantone auf die bei IKAPOL-Einsätzen üblicherweise geleisteten finanziellen Abgeltungen verzichten.

Der Beitrag der Kantone an die Sicherheitskosten würde also in der Form eines unentgeltlichen Personaleinsatzes erfolgen. Die Finanzierung des IKAPOL-Einsatzes zugunsten der UEFA EURO 2008 würde über die ordentlichen kantonalen Budgets erfolgen. Der Vorstand der KKJPD steht dieser Lösung positiv gegenüber.

Der Leitende Ausschuss der KdK hat diesen Vorschlag mangels Alternativen ebenfalls als vertretbare Lösung beurteilt. Auf Wunsch des Leitenden Ausschuss wird eine Übersicht zusammengestellt, die aufzeigt, welchem Gegenwert der vorgesehene Personaleinsatz je Kanton entspricht (vgl. Beilage 30a, folgt).

Gleichzeitig ist der Leitende Ausschuss der KdK dezidiert der Auffassung, dass der Veranstalter (SFV und UEFA EURO SA 2008) einen finanziellen Beitrag an die Aufwendungen der öffentlichen Hand für die UEFA EURO 2008 zu leisten hat. Dieser Standpunkt wurde dem VBS-Vorsteher zur Kenntnis gebracht.

Vor diesem Hintergrund ist die Plenarversammlung eingeladen, unter dem Aspekt der Solidarität zwischen den Kantonen im Namen der Kantonsregierungen eine entsprechende Absichtserklärung zu verabschieden.

2. Antrag

Die Plenarversammlung verabschiedet im Namen der Kantonsregierungen folgende Erklärung:

- **Die Kantonsregierungen erklären sich bereit, für den vorgesehenen IKAPOL-Einsatz zugunsten der UEFA EURO 2008 im Umfang von 28.46 Millionen Franken, davon CHF 12.84 Mio. Aufwand der Nichtgastgeber-Kantone und CHF 15.62 Mio. Aufwand der Standortkantone, auf eine finanzielle Abgeltung verzichten.**
- **Gleichzeitig sind die Kantonsregierungen der Auffassung, dass der Veranstalter (SFV und UEFA EURO SA 2008) einen finanziellen Beitrag an die Aufwendungen der öffentlichen Hand für die UEFA EURO 2008 zu leisten hat.**